

# **Resolution des Rates der Samtgemeinde Scharnebeck zum Erhalt des Krankenhauses Scharnebeck**

1. Der Rat der Samtgemeinde Scharnebeck fordert die niedersächsische Landesregierung auf, alles zu tun, um den Fortbestand des privaten Krankenhauses Scharnebeck und den Erhalt der rd. 75 Arbeitsplätze zu sichern.
2. Um dem Krankenhaus und seinen Beschäftigten eine Chance für die Zukunft zu geben, bitten wir Frau Sozialministerin Aygül Özkan, sich für den Erhalt der derzeit 20 Planbetten für die Dauer von mindestens drei Jahren einzusetzen.
3. Wir bitten die Mitglieder des niedersächsischen Landtages in unserer Region, den Landkreis Lüneburg, die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden im Landkreis Lüneburg und die Ärzteschaft, uns nach Kräften zu unterstützen.

## **Begründung**

Das private Krankenhaus Scharnebeck (20 Planbetten und 20 Betten in der Altenpflege) war 2009 in Insolvenz geraten. Dank der Bemühungen des Insolvenzverwalters (Brinkmann & Partner, Hamburg) und der hohen Motivation der Krankenhausbelegschaft schreibt das Krankenhaus inzwischen wieder schwarze Zahlen. In Anbetracht des guten Rufes und der nach wie vor guten Nachfrage des Krankenhauses in der Region konnte nach langem Suchen und zähen Verhandlungen mit den Gläubigern ein neuer Investor und Betreiber gefunden werden, der die Einrichtung nicht nur erhalten, sondern sogar ausbauen und damit weitere Arbeitsplätze schaffen will. Dieser Betreiber verlangt für seine Planungssicherheit eine schriftliche Erklärung des Landes Niedersachsen, wonach das Krankenhaus Scharnebeck für die Dauer von fünf bzw. drei Jahren im Krankenhausplan weiter enthalten bleibt. Anfangs wurde dem Interesse auch signalisiert, dass eine solche Erklärung abgegeben werden könne.

Am 28.02.2011 stimmten die Gläubiger, darunter war auch das Land Niedersachsen vertreten, beim Amtsgericht Lüneburg dem Insolvenzplan zu. Trotz dieser Annahme erscheint die Zukunft des Krankenhauses nun leider gefährdet, weil unvorhersehbar das niedersächsische Sozialministerium nicht eine Garantieerklärung für die 20 Planbetten für die Dauer von fünf bzw. drei Jahren abgeben will. Zur Begründung wurde u. a. aufgeführt, dass eine Änderung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes anstünde und im Zuge dessen auch der Krankenhausplan neu aufgestellt werden solle. Inwieweit kleinere Krankenhäuser darin noch Berücksichtigung finden, könne derzeit noch nicht abgesehen werden.

Das aber ist die verständliche Bedingung des neuen Krankenhausbetreibers und dessen Investors, der eine Rückzahlungsverpflichtung gegenüber dem Land wegen erhaltener KHG-Fördermittel vermeiden will, für den Fall, dass das Krankenhaus Scharnebeck aus dem Krankenhausplan des Landes Niedersachsen heraus fällt. Die daraus noch bestehende Restforderung beläuft sich nach Kenntnis der Samtgemeinde Scharnebeck auf rd. 1,8 Mio. €. Im Falle einer Liquidation könnte das Land mit einer Zahlung aus der Verteilungsmasse in Höhe von rd. 500.000 € rechnen.

Das Krankenhaus Scharnebeck ist eine unverzichtbare Infrastruktureinrichtung des Gesundheitswesens für Scharnebeck, die Samtgemeinde und weit darüber hinaus. Das Ende des Krankenhauses wäre ein unnötiger, nicht wieder gut zu machender Verlust für die strukturell geschwächte Region Nord-Ost-Niedersachsen. Rund 60 hochqualifizierte Arbeitsplätze zzgl. 15 in der Altenpflege würden verloren gehen, während bei einer Fortführung durch den neuen Betreiber diese gesichert und sogar zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden. Dem Land darf die drohende Entwicklung nicht gleichgültig sein, zumal hier kein zusätzliches Geld des Landes erforderlich ist. Es mutet unmoralisch an, die Vernichtung von 75 Arbeitsplätzen billigend in Kauf zu nehmen, um durch eine vom Land befürwortete Liquidation zu einer außerplanmäßigen Einnahme von 500.000 € im Landeshaushalt zu kommen. Zudem würde das Land damit den von ihm selbst gesetzten Förderungszweck vernichten. Die Einrichtung wird bei guter Nachfrage wirtschaftlich betrieben. Somit verbietet sich eine Schließung.

Vertreter der Landesregierung sprechen immer wieder öffentlich von der hohen Verantwortung des Landes für den ländlichen Raum, der gestärkt werden müsse. Die Samtgemeinde Scharnebeck kann diesen Worten nur beipflichten und nimmt das Land jetzt ganz konkret beim Wort. Wir fordern das Land Niedersachsen auf, alles zu tun, um den Fortbestand des privaten Krankenhauses Scharnebeck mit seinen rd. 75 Arbeitsplätzen zu sichern.